

Bund Naturschutz fordert Vorrang für Klimaschutz – AZ vom 28.08.2021

OM-WAHLCHECK

Das erwartet der Bund Naturschutz von einer neuen Bundesregierung

Bund Naturschutz fordert Vorrang für Klimaschutz

Von Peter Zahn und Hans Babl, BN Amberg-Sulzbach und Weiden

Das gewachsene Verständnis für die internationale Pandemie-Krisenbewältigung bietet Chancen auch für die Lösung der Biodiversitäts- und Klimakrise. Wir können auch diese Herausforderung meistern. Vielen Menschen ist in der Corona-Pandemie deutlich geworden, wie wichtig die Natur vor der Haustür ist.

Das zeigt auch der Erfolg des Bündnisses für Walderhalt in Weiden. Wir brauchen mehr Radwege, wohnlichere Innenstädte und Dorfkerne und einen gut ausgebauten Öffentlichen Nahverkehr. Ausgerechnet in Weiden fehlt ein barrierefreier Bahnhof, Amberg wurde zumindest priorisiert. Das Homeoffice bietet für den ländlichen Raum Chancen. Und viele lernten den Wert von regionalen Produkten wieder mehr zu schätzen.

Die Corona-Pandemie hatte aber auch negative Auswirkungen auf die Aktivitäten der BN-Kreisgruppen. Umweltbildungsangebote des BN fielen weg. Die Vermittlung fachlicher Kenntnisse war eingeschränkt. Angesichts der Fehler beim Corona-Management ist eine vorausschauende Planung zu erstellen. Alle gesellschaftlichen Gruppierungen müssen gleich behandelt werden, es darf künftig keine Sonderregelungen bei Einschränkungen geben.

Gegen Flächenfraß

Ohne erkennbare Begrenzung werden landwirtschaftliche Nutzflächen und Wälder für Wohngebiete, Gewerbegebiete, Straßen, Bahn- und Energietrassen umgenutzt, zerstört und überbaut. Alle bekannten Vorschläge zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme (Innenentwicklung, verdichtete Bauweise, Mehrgeschossigkeit) müssen konsequent umgesetzt werden.

Wenn das Prinzip „Freiwilligkeit“ erfolglos bleibt, müssen verbindliche Festsetzungen zum Einsparen getroffen werden. Eine konsequente Innenentwicklung nutzt die bereits vorhandene Infrastruktur, kurze Wege für Arbeitnehmer und Kunden dieser Firmen und beseitigt trostlos-



Hans Babl, BN-Ortsgruppe Weiden.

Bild: BN

Bundestagswahl 2021



Themen, Hintergründe, Diskussionen
www.onetz.de/wahl

se Leerstände. Bevor Altlasten das Grundwasser belasten, müssen diese saniert werden.

Die Energiewende ist angesichts des Klimawandels und der Ressourcendringlichkeit unverzichtbar. Das

BN-Konzept sieht einen Wechsel von zentralen Lösungen zu dezentralen Strukturen vor. Damit entschärft sich auch das Problem mit den Übertragungsleitungen wie dem Süd-Ost-Link. Wir können einen Großteil des Stroms, den wir brauchen, vor Ort erzeugen. Einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende leistet das Energiesparen – in allen Sektoren: Strom, Wärme und Mobilität.

Alle regenerativen Energiequellen müssen ausgebaut werden: PV-Dach- und Freiflächen-, Windkraft- und Biomasseanlagen. Ohne Ausbau der Windenergie kann die Wende nicht gelingen. Deshalb muss die 10h-Regelung weg. Und wir brauchen mehr Bürgerbeteiligung vor Ort. Anlieger müssen bei Neubauten finanziell beteiligt werden. Es gibt genug gelungene Beispiele. Auf den Hausdächern ist noch viel Platz für Photovoltaikanlagen. Es fehlen offensichtlich die Anreize. Freilandphotovoltaikanlagen bieten bei kaum feststellbarer Flächenversiegelung oft einen Rückzugsraum für viele Tier- und Pflanzenarten.

In der Landwirtschaft muss ein Wechsel von den industrialisierten Großbetrieben hin zu bäuerlichen Familienbetrieben erfolgen. Die künftige Bundesregierung sollte

deshalb den Ausbau des ökologischen Landbaus, artgerechte und bodengebundene Tierhaltung, die Begrenzung chemischer Pflanzenschutzmittel und Antibiotika, die Sicherung der Gentechnikfreiheit, den Ausbau des Biotopverbundsystems, die Abschaffung aller naturschädigenden Subventionen, die Förderung aller Leistungen für den Umweltschutz sowie Lebensmittelpreise fördern, die erbrachte ökologische Leistungen berücksichtigen.

Mehrheit für Klimaziele

Nach dem epochalen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz, das vom BUND initiiert wurde, geht es nun darum, für die Einhaltung der Pariser Klimaziele Mehrheiten zu gewinnen. Wir brauchen die Akzeptanz der Bevölkerung für klimapolitische Maßnahmen. Die politischen Ansätze von SPD und Unionsparteien sind nicht ausreichend, um diese Ziele zu erreichen. Eine Wahlentscheidung muss jeder Wähler für sich alleine treffen. Angesichts der aktuellen Krisen ist eine Wende notwendiger denn je. Die Fixierung auf ständiges Wachstum muss durch eine stärkere Berücksichtigung ökologischer und sozialer Belange ersetzt werden.